

18. MAI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

R/XX/92

Bonn, den 14. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Auch ein kleines Volk kann Geschichte machen 22

Zehn Jahre österreichischer Staatsvertrag

1 Erschreckend 26

Tödliche Gefahren am Arbeitsplatz - Unfallquote nimmt zu

2 - 5 Weder Haushaltswahrheit, noch Haushaltsklarheit 177

Wie steht es um den kontraktiven Effekt des Bundeshaushalts 1965 ?

Von Dr. Alex Möller, MdB

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

6 Die Glosse: 42

Herr Dufhues etwas kopflastig

Der richtige Mann am richtigen Platz

+ + +

Auch ein kleines Volk kann Geschichte machen

Zehn Jahre österreichischer Staatsvertrag

sp - Am 15. Mai 1955 wurde in Wien der Staatsvertrag unterzeichnet, durch den Österreich seine Unabhängigkeit erhielt, von Besatzungstruppen frei wurde und sich verpflichtete, militärisch neutral zu bleiben. Dieser Vertrag war das Ergebnis der geduldischen, aber auch wachsamen Politik einer christlich-demokratischen und sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Insgesamt waren 379 Sitzungen notwendig, ehe alle Schwierigkeiten, die auf dem Wege zum Staatsvertrag lagen, beseitigt werden konnten. Das österreichische Volk hat für seine Freiheit und Unabhängigkeit viele materielle Opfer auf sich nehmen müssen. Ungezählt sind die Millionen, die an die Sowjetunion als Abgeltung für beschlagnahmte Industriewerke gezahlt werden mußten. Das österreichische Volk hat, immer bedacht auf seine Unabhängigkeit, mit beispielloser Ruhe jene schlimmen Jahre durchgestanden. Es wurde belohnt. Heute, nach zehn Jahren, erweist sich der österreichische Staatsvertrag als ein konstruktiver, leider einziger gemeinsamer Akt der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, der nicht nur dem österreichischen Volk selbst, sondern durch seine Auswirkungen auch dem Südosten Europas eine relative Ruhe vergönnt. Die militärische Neutralität Österreichs hat zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen auch zu jenen Staaten Südosteuropas geführt, die kommunistisch regiert werden. Österreich hat in dieser turbulenten Zeit bewiesen, daß auch ein kleines Volk Geschichte machen kann, wenn es die Gunst der Stunde zu nutzen weiß.

+ + +

Erschreckend

sp - Die Unfallquote bei den Arbeitsplätzen nimmt in besorgniserregendem Umfange zu. Im Jahre 1964 hat es 4.925 tödlich verlaufene Unfälle am Arbeitsplatz gegeben, um 10 Prozent mehr als im vorangegangenen Jahr. Die tödliche Unfallquote liegt also höher als der Produktionszuwachs, eine Anklage gegen alle, denen der Schutz des Arbeitnehmers in den Betrieben obliegt. Von je 1.000 Beschäftigten sind 134 bei der Ausübung ihres Berufes verunglückt. Das ergibt bei 18,93 Millionen Beschäftigten 2.554 Arbeitsunfälle. Eine erschreckend hohe Zahl. So kann es nicht wundern, wenn von 1.000 Arbeitnehmern nur 35 mit 65 Jahren aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden und die ihnen zustehende Rente beziehen. Fast zwei Drittel sind infolge von Frühinvalidität zum frühen Ausscheiden genötigt. Was dies für den einzelnen und seine Angehörigen an Verlust von Lebensfreude und Lebenserwartung bedeutet, läßt sich überhaupt nicht ermessen. Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin liegen bei uns in der Bundesrepublik im argen, gehören auch zu den unterentwickeltesten Gebieten. In einem Gießereibetrieb wurden 200 Arbeiter auf ihren Gesundheitszustand hin untersucht, bei der Hälfte von ihnen stellten die Ärzte gesundheitsgefährdende Höchstbelastungen fest. Gibt das nicht Anlaß zu Alarm, bedenkt man, daß die Gießereibetriebe insgesamt 200.000 Arbeitnehmer beschäftigen? Es fehlt an Sicherheitsingenieuren, an Werksärzten, an Ausbildungsmöglichkeiten und an Kenntnissen über die Arbeitsmedizin. In Großbetrieben geht es noch einigermaßen. In Klein- und Mittelbetrieben jedoch grassiert der Unfalltod am häufigsten. Das müßte nicht so sein, gäbe es einen besseren Arbeitsschutz und Sicherheitsvorkehrungen. Der Mangel an Vorsorge muß mit viel Blut und Tränen bezahlt werden.

+ + +

- 2 -

Weder Haushaltswahrheit, noch Haushaltsklarheit

Wie steht es um den kontraktiven Effekt des Bundeshaushalts 1965?

Von Dr. Alex Möller, MdB

Mitglied der SFD-Regierungsmannschaft

Noch in jüngster Zeit ist vom Bundesfinanzministerium die Behauptung aufgestellt worden, der Bundeshaushalt 1965 übe eine antizyklische Wirkung aus, er sei eben geeignet, durch seine Konzeption einer möglichen Konjunkturüberhitzung entgegenzusteuern. Prüfen wir diese Behauptung auf ihren Wahrheitsgehalt.

Zunächst eine Stimme, die für viele spricht und meines Erachtens das für den Bundeshaushalt 1965 Symptomatische herauskehrt:

"Alle Versicherungen der Regierenden, der Christlichen Demokraten wie der Freien Demokraten, ändern nichts an der betrüblichen Tatsache, daß der vom Parlament verabschiedete Bundeshaushalt für 1965 leider nicht als das Ergebnis und das Instrument einer zielbewußten Politik der Stabilität von Wirtschaft und Währung angesehen werden kann."

Mit dieser Feststellung kommentierte "Die Welt" am 7. März 1965 den diesjährigen Bundesetat.

Inzwischen hat der Bundesfinanzminister trotz der einhelligen Besorgnis der Öffentlichkeit, der mahnenden Bedenken von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und Fachleuten und nicht zuletzt der aufklärenden Vorhaltungen der parlamentarischen Opposition seinen Zweck-Optimismus noch immer nicht eingeschränkt. Am erstaunlichsten ist in diesem Zusammenhang die Beurteilung der Konjunkturwirkungen des Bundeshaushaltes durch die Deutsche Bundesbank. Sie weicht in entscheidenden Punkten von der Auffassung des Bundesfinanzministeriums ab. Damit werden aus neutralem und berufenem Munde die Manipulationen der Regierung in einer für diese beschämenden Weise aufgedeckt.

Ist die Zuwachsrate frisiert?

Die Zuwachsrate des Bundeshaushalts 1965 beträgt gegenüber dem Vorjahr bei einem Haushaltsvolumen von 63,9 (60,3) Mia DM 6 Prozent. Um jedoch die immer wieder vorgetragene Behauptung der Bundesregierung zu stützen, die nachfragewirksamen Ausgaben des Etats stiegen nur um 5,5 Prozent und würden damit den Rahmen des realen Sozialproduktzuwachses nicht übersteigen, setzt das Finanzministerium die sogenannten "konjunkturneutralen" Zahlungen vom Haushaltsvolumen ab. Sie werden mit 6,95 (6,32) Mia DM beziffert, so daß hinsichtlich der nachfragewirksamen Ausgaben für die Jahre 1964 und 1965 folgende Rechnung aufgemacht wird

	<u>1964</u>	<u>1965</u>
	Mia DM	Mia DM
Haushaltsvolumen	60,30	63,90
Konjunkturneutrale Ausgaben	6,32	6,95
Nachfragewirksame Ausgaben	53,98	56,95

Aus den Relationen errechnet sind dann tatsächlich eine Steigerung von nur 5,5 Prozent.

Eine solche Ermittlung der Zuwachsrates läßt die Deutsche Bundesbank mit Recht nicht gelten, denn zu den nominalen Haushaltsangaben gehört selbstverständlich auch die umstrittene Fremdmittelbeschaffung außerhalb des Haushalts. Sie belief sich 1964 auf rund 1,0 Mia DM und erreicht in 1965 eine Höhe von 2,1 Mia DM. Aus optischen Gründen und ohne Berücksichtigung der Realitäten ist das Bundesfinanzministerium einfach nicht bereit, diese Summe in eine konjunkturpolitische Betrachtung des Haushalts einzubeziehen. Eine solche politische Optik kann vielleicht die Wirklichkeit etwas verdunkeln, aus der Welt schaffen kann sie die Tatsachen jedoch nicht.

Wir wollen noch einmal genau rekapitulieren, aus welchen Posten sich der Betrag von 2,1 Mia DM zusammensetzt. Es sind dies

- Zuweisungen an die Rentenversicherungsträger (Schuldverschreibungen statt Barleistungen)	0,75 Mia DM
- Anleihermächtigungen für die Bundesbahn	0,75 Mia DM
- Anleihermächtigung für die Öffa	0,40 Mia DM
- Kreditaufnahme Berlin	0,20 Mia DM
also insgesamt	2,10 Mia DM
	=====

Damit muß die fragwürdige Berechnung der effektiven Ausgaben durch das Bundesfinanzministerium selbstverständlich modifiziert werden. Geht man von den nachfragewirksamen Ausgaben gemäß Bundesfinanzministerium aus und addiert die außerhalb des Etats erforderlichen Fremdmittel hinzu, so ergibt sich eine neue und wirklichkeitnähere Gegenüberstellung:

1964	1965
-----	-----
Mia DM	Mia DM
53,98	56,95
1,00	2,10
-----	-----
54,98	59,05

Der Steigerungssatz beträgt nunmehr 7,4 Prozent und nicht 5,5 Prozent. Danach wird deutlich, daß der Bund das von ihm selbst proklamierte Steigerungsmaß nicht einhält. Spiegelfechtereien können Wahrheitsgehalt und Aussagewert dieser Feststellung nicht beeinträchtigen.

... und wie steht es um den "kontraktiven Effekt" ?

Indem die Bundesregierung jene Zahlungen vom Gesamtbetrag der Haushaltsausgaben absetzt, die nach ihrer Darstellung der Wirtschaft nicht wieder zugeführt werden, stellt sie die Behauptung auf, der Etat 1965 habe einen "kontraktiven Effekt". Die sogenannten konjunkturalneutralen Zahlungen, die mit 6,95, also rund 7 Mia DM, beziffert werden, setzen sich im wesentlichen aus 6,3 Mia DM Auslandszahlungen, vor allem für Rüstungskäufe, Entwicklungshilfe und Wiedergutmachung für Israel, sowie 0,65 Mia DM Tilgungsleistungen zusammen.

Eine detaillierte Aufgliederung dieses Betrages liegt bedauerlicherweise nicht vor, so daß in diesem Zusammenhang die Frage nicht un-

berechtigt erscheint, ob ein Operieren mit undurchsichtigen Zahlen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dienen kann. Vielleicht bleibt die Einzelaufgliederung deswegen im Dunkeln, damit dem wirtschaftspolitisch orientierten Betrachter nicht erkennbar wird, inwieweit Teile dieser Riesensumme aufgrund gewisser Absprachen und Bindungen dem deutschen Markt wieder zufließen. Tabus haben sich in einer Demokratie allerdings noch nie positiv ausgewirkt.

Da nach Auffassung der Deutschen Bundesbank jede Kreditaufnahme eine expansive Wirkung hat, werden von den "konjunkturneutralen" 6,95 Mia DM, die

- im o.a. Haushalt enthaltene Anleiheaufnahme von	2,016 Mia DM
- sowie der Münzerlöse von	0,140 Mia DM
zusammen	2,156 Mia DM

abgesetzt. Somit verbleiben von den 6,95 Mia DM nach Abzug von rund 2,15 Mia DM noch etwa 4,8 Mia DM übrig, die vom Bundesfinanzministerium - bei einem Gesamtvolumen des Haushalts von 63,9 Mia DM - als "konstruktiver Effekt" bezeichnet werden.

Versucht man, diesen Zahlen noch tiefer auf den Grund zu gehen, so kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß die Auslandszahlungen in Höhe von 6,3 Mia DM nicht voll angerechnet werden dürfen. Hauptsächlich als Aufwand für das alliierte Militär erhält die Bundesrepublik rund 4,2 Mia DM an Devisen, die noch in Abzug gebracht werden müssen, da es sich insoweit nur um einen Devisenaustausch handeln kann. Der vom Bundesfinanzministerium angegebene kontraktive Effekt von 4,8 Mia DM schrumpft dadurch auf 0,6 Mia DM zusammen. Eine Kaufkraftabschöpfung etwa in Höhe einer halben Milliarde DM bliebe somit allenfalls übrig und muß der wahrlich allzu optimistischen Bewertung des Finanzministeriums gegenübergestellt werden.

"Moderne" Deckungsmethoden

Es ist auch nicht uninteressant, sich den Ausgleich der über 63,9 Mia DM hinaus festgestellten Mehrausgaben vor Augen zu führen. Gegenüber der Aufstellung des Voranschlags im Frühsommer 1964 und der Verabschiedung des Haushalts am 26. Februar 1965 haben sich folgende Mehrausgaben ergeben:

	Mio DM
Folgen der Brüsseler Getreidepreisentscheidungen	850,0
Zusätzliche Liquiditätshilfe für die Bundesbahn	400,0
Kindergeld und Ausbildungshilfe	617,0
Straßenbau (Erhöhung)	120,0
Betreuung der Besucher aus der SBZ	100,0
Europäischer Ausrüstungs- und Garantiefonds	118,0
Erhöhung der Berlin-Hilfe	78,0
Erhöhung der Leistungen nach dem Flüchtlingsgesetz	72,0
Zuschuß zum Lastenausgleichsfonds	48,0
das sind insgesamt	2.403,0 Mio DM

Die "magische Obergrenze" des Haushalts, des wirtschaftspolitisch orientierte Volumen von 63,9 Mia DM, mußte aber aus leicht durchschaubaren Gründen - die Wahlen stehen vor der Tür - wenigstens optisch gehalten werden. Denn wie hätte man eine Zuwachsrate von rund 10 Prozent, die sich unter Einbeziehung dieser zusätzlichen Mehrausgaben ergeben würde, rechtfertigen sollen? Es mußten also Kürzungen und Sperren in Höhe dieser Mehrausgaben vorgenommen werden. Diese setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>Mia DM</u>
1. Kürzung der Verteidigungsausgaben um	1,000
2. Erhöhung der Globalminderausgabe von 1,24 Mia DM auf 1,49 Mia DM = um	0,250
3. 7 Prozent Kürzung der Ansätze der zivilen Ressorts des Verteidigungshaus- haltes	0,560
	0,250
4. 20 Prozent Bausperre	<u>0,300</u>
	2,36
rund	2,4 Mia DM

Da es sich bei diesen Kürzungen und Sperren um geschätzte Beträge handelt, von denen noch niemand weiß, inwieweit sie sich realisieren lassen, ist leicht verständlich, daß der Bundesfinanzminister jetzt in einem Erlaß zur Haushaltsführung die nachgeordneten Behörden aufgefordert hat, ihm eine Übersicht über die Auswirkungen der Kürzungen zu geben, um so Klarheit zu gewinnen. Scheinbar drückt ihn sein Gewissen!

Kein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung des Geldwertes

Maßnahmen des Bundes, die Konjunkturpolitik durch die Haushaltsgestaltung zu unterstützen, fehlen also praktisch, und wo Taten fehlen, vermögen Worte allein nicht viel.

Ein so sachkundiger Beobachter wie der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Prof. Dr. Hettlage, der jetzt Mitglied der Honnener Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist, hat unlängst in einem Vortrag, der große Resonanz gefunden hat, rundweg erklärt, "daß die Finanzpolitik in den letzten beiden Jahren keinen wirklich wesentlichen Beitrag zur Dämpfung der Übernachfrage und damit zur Erhaltung eines stabilen Geldwertes geleistet hat. Das immer wiederholte Bekenntnis zum unbedingten Vorrang der Geldwertstabilität vor dem Wirtschaftswachstum wird angesichts dieser Tatsache durch ständige Wiederholungen nicht glaubhafter." - Wenn das Instrumentarium der konjunkturpolitischen Gesetzgebung in unserem Lande noch zu schwerfällig ist, so liegt das in erster Linie an den ungewöhnlichen sachlichen und politischen Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet im Wege stehen. Das soll zugegeben werden. Die Bundesregierung aber, der die Notwendigkeit der Konjunkturbeeinflussung durch die Haushalts- und Steuerpolitik nicht unbekannt ist, die sich sogar ihrer entsprechenden Konzeption rühmt, hätte diesem Gebiet im Interesse der Geldwertsicherung viel größere Aufmerksamkeit schenken müssen, als sie es bisher getan hat. Ihren zahlreichen Worten folgten keine überzeugenden Taten. Noch immer steht sie in der Verantwortung, und die Versäumnisse fallen auf sie zurück.

Die Glosse:

Herr Dufhues etwas kopflastig

r. - Man muß es hören oder lesen. Wirklich, wer es versäumt hat, sollte es nachholen. Wir meinen Wortschatz und Weisheit, die Herr Dufhues, der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, einem inneren Drange folgend, in gewissen Zeitabständen in Richtung SPD abzugeben gezwungen ist.

Einmal kämpft er mit dem lieben Gott, dem er als Wahlkampfleiter der CDU den Sieg entreißen will. Übrigens, diese Logik sollte nicht zu Ende gedacht werden, weil sie Dufhues in arge Kollision mit theologischen Vorstellungen bringt. Das möchten wir ihm ersparen.

Dann kommt Herr Dufhues zu folgender welterschütternder Erkenntnis. Er sagt: "Wer SPD wählt, wählt Willy Brandt."

Das ist völlig neu. Der simple Bürger wird für diese Weisheit sehr dankbar sein. Denn damit hat Herr Dufhues endlich ein Funkel gelichtet, unter dem wir alle sehr gelitten haben. Schließlich müssen auch sozialdemokratische Wähler Herrn Dufhues für seine Schleuse dankbar sein.

So albern sind nun einmal die Menschen. Aber über allem wacht Dufhues'sche Klugheit.

Aber Herr Dufhues gründelt noch tiefer. Wie die Entlein im Weiher: Köpfchen ins Wasser und Füßlein in die Höh.

So jedenfalls stellt er sich dar, nachdem die politische Lektüre der "CDU-Pressemitteilungen Nr. 10, Mai 1965" ins deutsche Land gegangen ist.

Auf zwei Seiten hat es ihm der SPD-Kongreß in Wiesbaden angetan. Wer bisher noch nicht wußte, welche "lautstarke Polemik, ohne konkrete Ziele, ohne konkrete Wege" die SPD benutzt, der muß erkennen, daß "keine Alternative zum Deutschen Gemeinschaftswerk" Erhard'scher Prägung gefunden wurde. Der wird auch erkennen müssen, daß der Kongreß "kläglich mißlungen ist". Da wurde "das deutsche Volk beleidigt und vor keinen Diffamierungen" schreckte eine gewissenlose Führung zurück. "Statt Alternativen waren betriebsame Geschwätzigkeit und krampfhaft Bemühungen" an der Tagesordnung, und es zeigte sich eine "korstuierte Geschlossenheit". Schließlich war das Ganze nur eine "makabre Schau, denn die fundamentale Zerspalteneheit - diese Neuprägung sollte man sich merken - zwang die SPD-Führung zur Flucht in die maßlose Polemik".

Genug der Sentenzen, mit denen sich Herr Dufhues Mühe gibt, am Grund zu bleiben.

Wer die zwei Seiten Dufhues'scher Weisheiten hinter sich gebracht hat, der weiß: Dieser Mann ist die richtige Person am richtigen Platz. Wir gratulieren!